



Kölner Impulse zur Wirtschaftspolitik

Nr. 5/2023 | 04. Oktober 2023

In diesem Impuls...

...untersucht Wiebke Schmitz Geschlechterungleichheiten bei Erwerbsverläufen im späten Lebensalter. Es zeigt sich, dass Familienarbeit im früheren Lebensverlauf bei Frauen oft mit einer geringeren Erwerbstätigkeit im späteren Erwerbsleben einhergeht. Die Autorin argumentiert, dass die Gestaltung der Sozialpolitik einen entscheidenden Einfluss auf den Grad der Benachteiligung von Frauen über den Lebensverlauf hat.

Außerdem kommentieren Michael Krause und Steffen J. Roth, ob der Mindestlohn auf Grund der Erhöhung des Bürgergeldes zum Jahreswechsel und vor dem Hintergrund des Lohnabstandsgebots erhöht werden sollte.



Aktuelles aus dem iwp

Am 23.10.2023 startet die Ringvorlesung mit dem Thema „Energie aus wirtschaftspolitischer Perspektive“. Das vollständige Programm und alle weiteren Informationen zu der Veranstaltung finden Sie [hier](#). In einer Sondersitzung am 13. November stellt Prof. Dr. Veronika Grimm das dann brandaktuelle Jahresgutachten des Sachverständigenrates vor.

Am 06.12.2023 (17:45-19:15 Uhr, Aula 2) findet die Ludwig-Erhard-Lecture 2023 statt. Prof. Lars Feld, ehemaliger Vorsitzender des Sachverständigenrates Wirtschaft, wird zum Thema „60 Jahre Sachverständigenrat Wirtschaft“ referieren. Weitere Infos – auch zur Anmeldung – finden Sie [hier](#).

Kurz kommentiert: Das Lohnabstandsgebot erfordert keine Erhöhung des Mindestlohns

Michael Krause und Steffen J. Roth

Aufgrund der hohen Inflation wird das Bürgergeld zum Jahreswechsel um rund 12 % angehoben. Prompt werden Stimmen laut, auch den Mindestlohn kräftig zu erhöhen. Begründet wird dies durch einen Verweis auf das Lohnabstandsgebot. Sechs Gründe, die gegen eine Mindestloohnerhöhung sprechen.

Erstens liegt kein Verstoß gegen das Lohnabstandsgebot vor. Diese bis 2010 im Sozialhilferecht geltende Bestimmung sollte sicherstellen, dass eine Vollzeitbeschäftigung zu höheren verfügbaren Einkommen führt als der Transferbezug einer fünfköpfigen Familie. Etwas bodenständiger formuliert: „wer arbeitet, soll mehr haben als jemand, der nicht arbeitet.“ Ein Paar mit drei Kindern verfügt im Falle einer Vollzeittätigkeit zum geltenden Mindestlohn aber auch nach der Bürgergeldhöhung im Januar 2024 noch über 446 bis 788 Euro monatlich mehr als dieselbe Familie ohne Erwerbstätigkeit.

Zweitens stellt die Forderung nach einer Erhöhung des Mindestlohns das Konzept des Lohnabstandsgebots auf den Kopf. Diese gesetzlich normierte Regel diente der verhältnismäßigen Bemessung der Regelsätze in der Sozialhilfe bei gegebenen Löhnen. Löhne, auch branchenspezifische Mindestlöhne, waren damals noch Sache der Tarifparteien. Verstöße gegen das Lohnabstandsgebot führten zu Forderungen, die Transfers zu senken, nicht, die Löhne zu erhöhen.

Drittens wurde das Lohnabstandsgebot aus gutem Grund gestrichen: Das Bürgergeld orientiert sich am monatlichen Bedarf einer Haushaltsgemeinschaft, der Mindestlohn definiert einen Stundenlohn einer einzelnen Erwerbsperson. Eine Mindestlohnhöhe aber, die schon bei Halbtags-tätigkeit einen ausreichenden Monatslohn ergäbe, um das sozio-kulturelle Existenzminimum einer

fünfköpfigen Familie zu garantieren, wäre un-zweifelhaft beschäftigungsfeindlich. Haushalte mit geringem Einkommen werden weiterhin als Aufstocker ergänzend Bürgergeld beziehen. Ein Mindestlohn allein kann kein Existenzminimum garantieren. Umgekehrt leben viele Mindestlohn-bezieher in Haushalten, die nicht von Armut betroffen sind.

Viertens ist der Mindestlohn seit seiner Einführung 2015 bereits um mehr als 40 % gestiegen, der Verbraucherpreisindex hingegen nur um 26 %. Die Inflation wird bei der Festlegung des Mindestlohns aber ohnedies nur indirekt berücksichtigt. Die Mindestlohnkommission orientiert sich qua Gesetzesauftrag „nachlaufend an der Tarifentwicklung“. Der dazu maßgebliche Tarifindex stieg seit Januar 2015 um ca. 20 %. Die aktuellen Forderungen sind also nicht Ausdruck einer sachlich notwendigen Anpassung, sondern Versuche, Eingriffe der Politik in die Lohnfindung salonfähig zu machen. Versprochen war ursprünglich, die Festlegung der Lohnuntergrenze der eigens dafür eingerichteten unabhängigen Mindestlohnkommission der Tarifpartner zu überlassen. Mit der unsystematischen Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro zum Oktober 2022 haben Grüne und SPD Wahlversprechen eingelöst und der Gesetzgeber erstmals das Tabu gebrochen. Nun scheinen die Dämme gebrochen.

Fünftens steigt mit jeder überproportionalen Erhöhung des Mindestlohns automatisch der Anteil der betroffenen Beschäftigten. Laut Mindestlohnkommission und Statistischem Bundesamt betrifft die Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro pro Arbeitsstunde rund 15 % aller Beschäftigten, verglichen mit 11 % bei der Einführung 2015. Je größer aber der Anteil der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist, desto mehr wird die Tarifautonomie geschwächt und desto lauter werden die Rufe nach immer weiteren Erhöhungen des Mindestlohns im politischen Wettbewerb.

Sechstens, eine weitere freihändige Erhöhung des Mindestlohns wäre keine gute Medizin für eine im Abschwung befindliche Volkswirtschaft und ihren Arbeitsmarkt.

Erwerbsverläufe im späten Lebensalter: Das Geschlecht bestimmt nach wie vor, wie und wie lange wir arbeiten

Von Wiebke Schmitz

Familienarbeit im früheren Lebensverlauf hält Frauen im Gegensatz zu Männern oft vom späteren Erwerbsleben fern. Allerdings zeigt sich, dass der Wohnort innerhalb Europas einen erheblichen Einfluss auf diese Dynamik hat, insbesondere in den nordischen Ländern sind Frauen weniger benachteiligt. Das zeigten Forscher*Innen in einer Studie mit repräsentativen Befragungsdaten von 10.913 Frauen und 10.614 Männer in Europa, deren später Erwerbsverlauf mit Hilfe von Sequenzanalysen im Alter von 50 bis 65 Jahren untersucht wurde.

Frauen beteiligen sich nicht vollständig an der Verlängerung des Arbeitslebens

Alternde Gesellschaften sind mit einem zunehmenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und steigenden Rentenkosten konfrontiert. Die Anhebung des Rentenalters hat zwar dazu beigetragen, dass die Gesamtbeteiligung am späten Erwerbsleben zugenommen hat, jedoch haben sich Ungleichheiten so auch weiter vertieft. Denn der Zugang zum Arbeitsmarkt ist ungleich verteilt und insbesondere Frauen sind eher nicht in der Lage, kontinuierlich bis ins späte Erwerbsleben in Vollzeit weiterzuarbeiten. Im Vergleich zu Männern scheiden Frauen nach wie vor deutlich früher aus dem Arbeitsleben aus, arbeiten häufiger in Teilzeit oder leisten unbezahlte Care-Arbeit (z.B. Hausarbeit, Kindererziehung oder das Pflegen von Familienangehörigen). Die stärkere Einbindung von Frauen in das Erwerbsleben wäre jedoch eine einfache vielversprechende Maßnahme, um dem steigenden Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken.

Generell verlassen sich europäische Länder bei der Ausführung von Care-Arbeit noch immer hauptsächlich auf die kostenlose Arbeitskraft von

Frauen. Das ist bedauerlich, denn bisherige Studien suggerieren, dass frühe Erwerbsentscheidungen (z.B. Austritt aus dem Beruf oder Wechsel in Teilzeit) aufgrund von Familienereignissen, wie z.B. die Geburt eines Kindes, sich noch Jahrzehnte später auf das späte Erwerbsleben auswirken können. Dabei spielt insbesondere auch das Eingehen einer Partnerschaft eine Rolle, in welcher die Vereinbarung von Familie (z.B. Kindererziehung) und Beruf abgestimmt wird. Studien zeigen, dass dabei traditionelle Geschlechterrollen angewendet werden. Da sich die unbezahlte Care-Arbeit nur schwer mit einer Erwerbstätigkeit vereinbaren lässt, bleibt meist typischerweise die Frau Zuhause statt einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und kümmert sich zum Beispiel um die Kinder und den Haushalt, während der Mann das Geld verdient. So kann beispielsweise die in der Partnerschaft getroffene Entscheidung die Karriere der Frau zu unterbrechen, sodass diese sich um die Kinder kümmern kann, über den Lebensverlauf zu zunehmend fehlender Berufserfahrung führen. Diese Benachteiligung von Frauen kann es Ihnen also zusätzlich erschweren im späteren Lebensalter wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen.

Nationale und kulturelle Kontexte beeinflussen inwiefern der späte Erwerbsverlauf bei Frauen von früheren Familienereignissen geprägt wird

Bisher gibt es in keinem europäischen Land vollständig erfolgreiche Strategien, um solche Benachteiligungen über den Lebensverlauf abzumildern, sodass Frauen unabhängig von der Familienplanung im Arbeitsmarkt bleiben können und so die Auswirkungen früherer Familienpflichten

(wie die Kindererziehung) auf das späte Erwerbsleben abgeschwächt würden. Mit einem Blick auf die Länderunterschiede wird aber deutlich, dass Sozialpolitiken und kulturelle Kontexte eine wichtige Rolle im Hinblick auf den Grad der Benachteiligung von Frauen über den Lebensverlauf spielen.

Leider ist bisher jedoch noch nicht viel Wissen darüber vorhanden, inwiefern der Einfluss von früheren Familienereignissen auf den späten Erwerbsverlauf abhängig vom nationalen Kontext ist. Bisherigen Studien haben sich nur auf die Untersuchung von einem Land oder den Vergleich von vereinzelt Ländern beschränkt. Mit unserer hier vorgestellten Studie schließen wir diese Forschungslücke, in dem wir nicht nur den kausalen Zusammenhang zwischen früheren Familienereignissen und dem späten Erwerbsverlauf belegen, sondern in einem zweiten Schritt aufzeigen, dass sich solche Benachteiligungen über den Lebensverlauf nach verschiedenen Ländern unterscheiden.

Europäische Länder lassen sich basierend auf ihren Wohlfahrtsleistungen – hinsichtlich der Gewichtung der Rolle von Familie, Markt und Staat – in fünf verschiedene Typen einteilen: In (1) *sozialdemokratischen* Ländern (z.B. Schweden) wird die Idee flexibler Karrieren und der Gleichberechtigung der Geschlechter stark unterstützt. Ein Schlüsselement dieser ist die Verfügbarkeit von öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen. Dies erleichtert es Frauen, ihre beruflichen Ambitionen ohne übermäßige familiäre Belastung zu verfolgen. Länder, die einem (2) *liberalen* Wohlfahrtsstaat entsprechen (z.B. England), unterstützen Marktmechanismen als Haupterzeuger von Wohlstand. In diesen Ländern werden traditionell Männer als Hauptverdiener angesehen, während Frauen eine größere Rolle bei der Familienbetreuung spielen. In den (3) *konservativen* europäischen Ländern (z.B. Deutschland) sind soziale Sicherungseinrichtungen und Rentenreformen stärker darauf ausgelegt, kontinuierliche und ausgedehnte Erwerbsbiografien (dauerhafte Vollzeitarbeit) zu belohnen. Dies ist für Männer

zugänglicher als für Frauen, da diese eine kontinuierliche Vollzeitkarriere nicht mit der Familienarbeit vereinbaren können. Weiterhin gibt es weniger entwickelte öffentliche Dienstleistungen zur Kinderbetreuung, was es Frauen schwerer macht, sich vollständig am Arbeitsmarkt zu engagieren. Auch in (4) *südeuropäischen* Ländern (z.B. Griechenland) mangelt es an sozialen Kinderbetreuungsangeboten. Zudem herrschen hier besonders starke traditionelle Geschlechterrollen, bei denen Frauen oft als Alleinverantwortliche für die Care-Arbeit angesehen werden. Dies kann ihre Fähigkeit zur Teilnahme am Arbeitsmarkt stark einschränken und zu einer höheren Geschlechterungleichheit in der späten Arbeitsbeteiligung führen. Schließlich zeichnen sich (5) *post-sozialistische* Länder (z.B. Polen) generell durch eine hohe Rate weiblicher Vollzeitarbeit und nur kurze Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit aus. Dies ist oft auf die Bereitstellung öffentlicher Kinderbetreuungseinrichtungen zurückzuführen, die Frauen in diesen Ländern unterstützen und es ihnen ermöglichen, ihre Karrieren zu verfolgen, ohne längere Unterbrechungen einzulegen.

Verwendete Daten und Analyseverfahren

Unsere Ergebnisse basieren auf retrospektiven Surveydaten des “Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe” (SHARELIFE), die im Jahr 2017 erhoben wurden. Um vollständige Beschäftigungsverläufe im Alter von 50 bis 65 Jahren abbilden zu können, wurden nur diejenigen Befragten in unsere Stichprobe aufgenommen, die ihren Erwerbsverlauf bereits komplett erlebt und somit zum Befragungszeitpunkt 65 Jahre und älter waren (Geburtsjahr 1912 – 1954). Die Daten enthalten Informationen zu jeder Erwerbstätigkeit, die die Befragten während ihrer beruflichen Laufbahn für mindestens sechs Monate ausgeübt haben, sowie über Zeiträume, in denen die Befragten sechs Monate oder länger nicht erwerbstätig waren. Dies ermöglicht es uns, die beruflichen Lebensverläufe von Personen im Alter von 50 bis 65 Jahren zu beschreiben. Insgesamt umfasst un-

sere Stichprobe 10.913 Frauen und 10.614 Männern aus 21 Ländern (Schweden, Dänemark, Finnland, Schweiz, Österreich, Belgien, Frankreich, Deutschland, Luxemburg, Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Malta, Zypern, Polen, Tschechische Republik, Ungarn, Slowakei, Bulgarien und Kroatien). Da wir aufgrund niedriger Fallzahlen keine Analysen nach einzelnen Ländern durchführen können, haben wir diese nach den bereits beschriebenen Wohlfahrtsstaatstypen kategorisiert. Um frühere Familienereignisse zu erfassen, nutzen wir Proxyindikatoren für die unbezahlte Care-Arbeit: (1) die durchschnittliche Kinderanzahl im Alter von 25-49 Jahren und (2) die Anzahl der Jahre im Alter von 25-49, die die Befragten mit ihrer/m Partner/in zusammen in einem Haushalt gelebt haben.

Mit Hilfe von Sequenzanalysen haben wir im ersten Schritt für jeden Befragten den Erwerbsverlauf im Alter von 50 bis 65 Jahren berechnet. Für jedes Lebensjahr in diesem Zeitraum erfassen Sequenzen den Erwerbsstatus und bilden so den Erwerbsverlauf im späteren Lebensalter ab. Im zweiten Schritt, fassten wir mit Hilfe einer Clusteranalyse unterschiedliche Erwerbsverlaufstypen zusammen. Befragte mit ähnlichen Erwerbsverläufen (z.B. kontinuierliche Vollzeitkarriere und früher Renteneintritt) wurden so zu einem

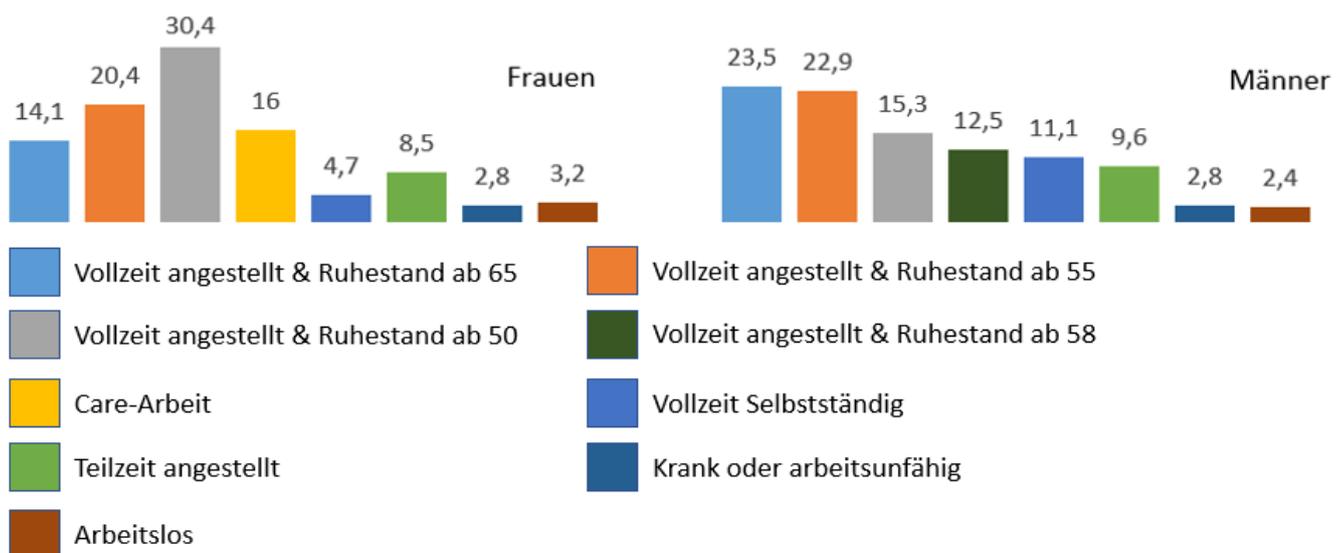
Cluster oder Typ kategorisiert. Im dritten Schritt verwendeten wir multinomiale logistische Regressionsmodelle und Interaktionseffekte, um den Einfluss von Familienereignissen auf die verschiedenen Typen des späten Erwerbsverlaufs, sowie deren Wechselwirkung mit den Wohlfahrtsstaatstypen zu untersuchen.

Zentrale Forschungsergebnisse

Unsere Ergebnisse suggerieren, dass Frauen in der späten Erwerbstätigkeit immer noch stark von früheren Arbeitsmarktentscheidungen aufgrund von Familienpflichten abhängig sind. Unbezahlte Familienarbeit im früheren Lebensalter wirkt sich demnach bis in den späteren Erwerbsverlauf aus. Frauen, die sich in früheren Lebensphasen um die Familie gekümmert haben, tendieren im späten Erwerbsleben dazu, einer Teilzeitbeschäftigung oder unbezahlter Care-Arbeit (wie z.B. das Pflegen von Familienangehörigen) nachzugehen. Im Gegensatz dazu sind Männer von früheren Familienereignissen nahezu unbeeinflusst und typischerweise in Vollzeit beschäftigt (siehe Abbildung 1).

Jedoch spielt der sozialpolitische und kulturelle Kontext eine wichtige Rolle. Unsere Befunde sug-

Abbildung 1: Typen des späten Erwerbsverlaufs von 10.913 Frauen und 10614 Männern in Prozent (%);
Quelle: Eigene Berechnungen, SHARELIFE



gerieren, dass insbesondere in Süd- und Westeuropa familiäre Verpflichtungen Frauen stärker daran hindern, im späteren Erwerbsverlauf in Vollzeit zu arbeiten. In Nordeuropa hingegen wird die Berufstätigkeit von Frauen im späteren Leben eher kaum von früheren familiären Verpflichtungen beeinflusst.

Schlussfolgerung und politische Implikationen

Die Ergebnisse spiegeln zunächst die traditionellen Geschlechterrollen wieder: Während Männer unbeeinflusst von Familienpflichten kontinuierlich in Vollzeit arbeiten, unterbrechen oder reduzieren Frauen ihre Erwerbstätigkeit. Zum anderen zeigt sich, dass Frauen frühere Benachteiligungen nicht einfach abschütteln können und sich diese noch bis in den späten Erwerbsverlauf auswirken. Die Umsetzung politischer Maßnahmen sollte Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern bereits in frühen Lebensjahren verhindern, da sich Karriereentscheidungen, die durch familiäre Verpflichtungen in früheren Lebensabschnitten bedingt sind, bis ins späte Berufsleben auswirken können.

Nicht zuletzt, unterstreichen unsere Ergebnisse die Bedeutung des nationalen Kontexts und somit die nach Ländern unterschiedlich gestalteten Sozialpolitiken und kulturellen Geschlechternormen, welche für die Beteiligung von Frauen am späten Erwerbsleben einen Unterschied machen. Die Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt ist höher, wenn beispielsweise die Flexibilität während der Arbeitszeiten und soziale Dienstleistungen, wie kostenlose Kinderbetreuung, angeboten werden – wie dies zum Beispiel in den nordischen Ländern eher vorzufinden ist. Dies würde es Frauen ermöglichen, länger im Erwerbsleben zu bleiben und ihre Karrieren voranzutreiben, was wiederum zu einer höheren wirtschaftlichen Unabhängigkeit und Rentensicherheit für Frauen führen würde. Wir schließen aus unseren Befunden, dass die Gestaltung von Sozialpolitik und die Förderung von Geschlechtergleichstellung entscheidende Faktoren sind, um die Beteiligung von

Frauen am Arbeitsmarkt zu erhöhen und die bestehenden Geschlechterungleichheiten abzubauen.

Zur Studie

Schmitz, W., Naegele, L., Frerichs, F., Ellwardt, L. Gendered late working life trajectories, family history and welfare regimes: evidence from SHARE-LIFE. *European Journal of Ageing* 20, 5 (2023). <https://doi.org/10.1007/s10433-023-00752-3>

Abbildung S.1: <https://pixabay.com/de/vectors/ungerechtigkeit-waage-unausgeglichen-4758087/>

IMPRESSUM

Autorenkontakt:

Wiebke Schmitz
Bundesinstitut für Berufsbildung
(BIBB)
Postfach 201264
53142 Bonn
Tel. 0228 107-1110
wiebke.schmitz@bibb.de

Herausgeber:

Institut für Wirtschaftspolitik
an der Universität zu Köln
Pohligstr. 1
50969 Köln
Tel. 0221 / 470-5347
Fax 0221 / 470-5350
iwp@wiso.uni-koeln.de

Redaktion und V.i.S.d.P.:

Prof. Dr. Steffen J. Roth
Tel. 0221 / 470-5348
steffen.roth@wiso.uni-koeln.de
